STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2913/2023

40. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Förderung der Elektromobilität; Parkgebührenbefreiung an Ladestationen			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	SG 34	Erstelldatum	11.01.2023	
Verfasser	Thron, Birgit	Zuständiges Amt	Amt 3	
Sachgebiet	34 Straßenverkehrsbehörde	Abzeichnung OB:		
		Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Vorberatung/ Entscheidung	01.02.2023	Ö
2	Stadtrat	Entscheidung	28.02.2023	Ö

Anlagen:	A) Sachvortrag zur UVT-Sitzung am 01.02.2023 mit Anlagen 1-3 B) Beschlussauszug UVT-Sitzung vom 01.02.2023 C) Entwurf Verordnung zur Änderung der Parkgebührenverordnung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage C beigefügte Änderung der Parkgebührenverordnung.

Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in		Pöttsch / SPD	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten				€

Sachvortrag:

Der UVT hat in seiner Sitzung am 01.02.2023 beschlossen, dass

1. während des Ladevorgangs (max. 4h gemäß Beschilderung) an E-Ladestationen keine Parkgebühren erhoben werden sollen.
2. um dies zu ermöglichen, dem Stadtrat zu empfehlen die erforderliche Änderung der Parkgebührenordnung zu beschließen.
3. die vorhandenen für E-Fahrzeuge reservierten Parkplätze aus dem UVT-Beschluss vom 02.02.2016 in Ladeplätze umgewandelt werden dürfen.

Zur näheren Erläuterung steht der Sachvortrag zur UVT-Sitzung am 01.02.2023 als Anlage A zur Verfügung. Der Beschluss-Auszug ist als Anlage B beigefügt.

In der weiteren Rechtsfolge ist nun der Beschluss des Stadtrates der Verordnung zur Änderung der Verordnung über Parkgebühren im Stadtgebiet Fürstenfeldbruck (Parkgebührenverordnung – PGV) erforderlich. Diesen finden Sie als Anlage C).

Die Verwaltung kommt somit zu dem eingangs formuliertem Beschlussvorschlag.